



Mildbader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

erschint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Postbesorger im in- und ausländischen Verlehr monatlich 1.76 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Mikrofilm Nr. 20 bei der Oberamtsbibliothek Heuberg, Wildbad. — Druckerei: Enzthalbote & Co., Wildbad; Holzschneider: Oberbayerische Holzdruckerei, Wildbad. — Postfach 20174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezugspreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklameweile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufenteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 66, Telefon 478. — Wohnung: Haus Volkmer.

Ausgabenmishwirtschaft der Landesfinanzämter

400 Flaschen Wein für das Reichsgesundheitsamt

Wie sachlich berechtigt die in den Haushalten des Reichs neuerdings durchgeführte Senkung der Mittel für Geschäftsbedürfnisse, Reisekosten und andere Verwaltungsausgaben und wie unberechtigt die von interessierten Stellen immer wieder vorgebrachte Behauptung ist, daß die Etatsmittel bereits bis zum äußersten angepannt seien, zeigt in vielfacher Hinsicht der Bericht des Rechnungshofs über die Prüfungen der Haushaltsrechnung des Reichs im Jahr 1928. Fast bei allen Verwaltungen stellt der Rechnungshof fest, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verwaltungsführung noch nicht durchgesetzt habe. Besonders kritisch wird die Ausgabenwirtschaft der Behörden der Reichsabgabenverwaltung behandelt, die mit den zahllosen Finanzämtern eine der umfangreichsten Verwaltungen des Reichs ist. Wie der Rechnungshof ausführt, sind nicht nur teure Gegenstände beschafft worden, wo mit geringerer Aufwand derselbe Zweck erreicht werden konnte, sondern es wurden auch Anschaffungen gemacht, für die ein Bedürfnis überhaupt nicht anzuerkennen war. Noch im Monat März, also wenige Tage vor Schluß des Rechnungsjahrs, wurden bedeutende Bestellungen aufgegeben, zum Teil offensichtlich, um die verfügbaren Mittel noch aufzubrauchen und nicht ungenutzt verfallen zu lassen. Infolgedessen wurden unvernünftig hohe Bestände an Schreibmaterialien usw. festgestellt. Ueberhaupt wurde all dieses Material zu teuer bezahlt. Als Ausstattungsgegenstände für Lokalbehörden wurden eichene Möbel, Lederstühle, Uebergardinen, Klubsessel, Läufer und neue eiserne Geldschränke gekauft, obwohl ältere Schränke bei der Aufhebung anderer Dienststellen verfügbar geworden waren. Auch bei der Beschaffung von Dienstgeräten und Ausstattungsgegenständen für neu errichtete Amtsgebäude der Reichsfinanzverwaltung hat der Rechnungshof häufig die erforderliche Sparbarkeit vermißt. Während in der Vorkriegszeit die einfachste Einrichtung genügte, glaubten heute viele Ämter, mehr oder weniger kostspielige Einrichtungen für Vorsteherzimmer, Sitzungszimmer usw. nötig zu haben. Entweder mit der Begründung, daß andere öffentlich-rechtliche Dienststellen ebenso oder besser eingerichtet seien, oder daß ein „anspruchsvolles Publikum“ das Amt aufsuche. Der Rechnungshof hat es beispielsweise beanstandet, wenn bei der Einrichtung neuer Dienstgebäude hauptsächlich für örtliche Behörden, die Einrichtung eines Sitzungssaals über 2000 Mark gekostet hat. Häufig sind nicht nur Bücher beschafft worden, die zwar dienlichen Inhalts, aber für den Dienstbetrieb nicht unbedingt notwendig waren, sondern auch solche, die für den Dienst überhaupt nicht in Betracht kamen, z. B. Bücher unterhaltenden Inhalts.

An Dienstreisen haben zum Teil mehr Personen teilgenommen, als notwendig war. Dies wurde auch bei anderen Reichsverwaltungszweigen beobachtet. Ferner sind Uebernachtungen an besonders teuren Orten gewählt worden, auch wenn diese an anderen Orten ohne Beeinträchtigung des Reisezwecks möglich waren. Die zur Verfügung der Präsidenten der Landesfinanzämter stehenden Haushaltsmittel sind vielfach zu Ausgaben verwendet worden, die dem Zweck zuwiderlaufen. Diese Mittel sind für Ausgaben bestimmt, die den Belangen des Reichs dienen, zu deren Bestreitung jedoch an und für sich keine rechtliche Verpflichtung besteht. Wenn aus diesen Mitteln u. a. Krankspenden für Anverwandte von Mitgliedern des Landesfinanzamts, ein Geschenk für eine aus Anlaß ihrer Verheiratung ausgeschiedene Stenotypistin, Miete für die zur Abhaltung von Gesellschaftsabenden für die höheren Beamten von Landesfinanzämtern gemieteten Räume, die an diesem Abend gestellte Musik und die dem Kraftwagenführer eines Landesfinanzamts für zu schnelles Fahren auferlegten Geldstrafen bezahlt worden sind, so könne dies als zweckentsprechender Verbrauch der Haushaltsmittel nicht angesehen werden.

Besonders eingehend hat der Rechnungshof auch die Ausgaben des Reichsgesundheitsamts geprüft. Schon der Haushaltsausschuß des Reichstags hatte darauf aufmerksam gemacht, daß überraschenderweise in zahlreichen Fällen die Staatsausgaben mit dem Soll auf den Pfennig genau übereinstimmen. Die Prüfung hat zu zahlreichen Beanstandungen Anlaß gegeben. Auch hier sind zahlreiche nicht erforderliche Vorratsbeschaffungen erfolgt. Aus den Mitteln der Weinksteuer, die nach den Bestimmungen des Reichshaushaltsplans zur Behebung der Not des Winterlands zu verwenden waren, sind dem Gesundheitsamt von dem damaligen Ernährungsminister 9500 Mark zur Verfügung gestellt worden, die dort zunächst ohne rechnungsmäßigen Nachweis verbraucht wurden. Auf Anforderung des Rechnungshofs ist dieser Nachweis nachträglich geführt worden. Daraus ergibt sich, daß aus diesen Mitteln im Jahre 1928 die Kosten von Reisen zum Studium der Wein- und Fruchtlagerei in Hamburg und des Weinbaus und der Weinbehandlung in den österrreichischen Weinbaugebieten, sowie zur Tagung des Weinausschusses zur Weinforschung in Bad Dürkheim bestritten worden sind. Der Rechnungshof verweist darauf

Tagespiegel

Nach einer Zeitungsmeldung soll die Rechtsopposition beabsichtigen, in Weimar ein Rumpfparlament der nationalen Opposition zu bilden. Auf Anfrage bei der deutsch-nationalen Parteileitung erklärte diese, daß ihr von solchen Plänen nichts bekannt sei.

Die Abg. Dauch (Dp.) und Perlitius (Str.) haben im Reichstag eine Entschließung gegen die Kriegsschuldfrage eingebracht.

Auch der badische Landtag hat seine Geschäftsordnung verhängt, indem dem Präsidenten erweiterte Befugnisse über Zulassung oder Abweisung von Anträgen usw. erteilt werden.

In Göttingen wurde nachts durch die Polizei eine kommunistische Geheimversammlung ausgedungen. 17 Funktionäre wurden verhaftet und zahlreiche belastendes Material beschlagnahmt.

Gegen den Geheimen Regierungsrat Caro in Berlin wurde eine Untersuchung wegen schwerer Urkundenfälschung, verübten Betrugs und Abgabe falscher eidestattlicher Erklärung eingeleitet.

Der in München verhaftete Nationalsozialist Hauptmann a. D. Kiefler ist aus der Haft entlassen worden.

Der deutsche Botschafter v. Hösch hatte am Mittwoch eine Unterredung mit Briand.

hin, daß dies zweckentsprechende Verwendung der Mittel gewesen ist und daß diese Reisen aus den Mitteln für Reisekosten zu bestreiten waren.

Als Beweis für eine wenig sparsame Verwendung der Haushaltsmittel führt der Rechnungshof auch die Beschaffung von 400 Flaschen 1926er Graacher Himmelreich durch das Reichsgesundheitsamt an. Der Rechnungshof gibt seinem starken Zweifel darüber Ausdruck, ob die Beschaffung von 400 Flaschen notwendig war, da der tatsächliche Gesamtverbrauch zur Ausführung wissenschaftlicher Untersuchungen nur 20 Flaschen betragen habe. Weiter wird die Ergänzung der Ausstattung eines bereits eingerichteten Direktorzimmers mit Klubmöbeln im Wert von 619 Mark und die Belegung von bereits mit Stabuhöfen ausgestatteten Räumen mit Linoleum mit einem Kostenaufwand von 1573 Mark beanstandet.

Deutscher Reichstag

Auszug der Rechtsopposition

Berlin, 11. Februar.

Reichstagspräsident Böbe eröffnete die gestrige Sitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts, mit der der deutsch-nationale Mißtrauensantrag gegen Minister Curtius verbunden ist. Der Ausschuß empfiehlt, die auf Aenderung des Youngplans gerichteten Anträge abzulehnen, dagegen solle die Regierung eine Denkschrift über die bisher geleisteten Reparationen vorlegen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Vizepräsident Stöhr (Nat.-Soz.) folgende Erklärung ab, die von den Nationalsozialisten stehend angehört wird:

Wir erheben Einspruch gegen die gestern beschlossene Aenderung der Geschäftsordnung, die einen krassen Verfassungsbruch darstellt. Alle auf Grund dieser Geschäftsordnung zustande kommenden Beschlüsse müssen daher als verfassungswidrig bezeichnet werden. Wir Nationalsozialisten werden in diesem Hause des organisierten Verfassungsbruchs (Glocke des Präsidenten) nicht mehr mitarbeiten. Wir werden den Tributreichstag verlassen. Wir werden als deutsche Opposition um die Seele des Volks kämpfen. Wir warnen die Weltöffentlichkeit, Beschlüsse dieses Hauses für Beschlüsse des deutschen Volkes zu halten. (Unruhe links.) Wir appellieren an den Reichspräsidenten als den Hüter der Reichsverfassung, er möge dem verfassungswidrigen Treiben dieses Hauses entgegenreten. Wir verlassen also das Young-Parlament und werden erst wiedertreten, wenn sich etwa die Möglichkeit ergibt, einen besonders tüchtigen Anschlag auf das Volk abzuwehren. (Abklatsch links.) Die Nationalsozialisten rufen dreimal Heil! und marschieren dann gemeinsam aus dem Saal.

Ein Einspruch der Deutschnationalen

v. Freytagh-Loringhoven (Dn. Bp.) verliest dann eine Erklärung seiner Fraktion, in der die gestrigen Beschlüsse als verfassungswidrig bezeichnet und besonders scharfe Angriffe gegen die Deutsche Volkspartei, die Christlichsozialen und die an den Wehrheitsbeschlüssen beteiligten Mitglieder der Landvolkpartei gerichtet werden. Diese Abgeordneten und Fraktionen können nicht mehr zur Rechten gerechnet werden, sondern seien Anhängsel der schwarz-rot-goldenen Koalition geworden. Wir verzichten nicht auf die weitere Mitarbeit im Reichstag und wir werden im gegebenen Augenblick das tun, was uns richtig und zweckdienlich er-

scheint. An den Verhandlungen über die auswärtige Politik werden wir uns nicht beteiligen. (Hört! Hört! und Unruhe.) Dieser Reichstag ist ohne uns ein Young-Reichstag. Er hat bisher alles genehmigt, was Deutschland schädigen konnte. (Starker Lärm, bei dem der Schluß der Erklärung des Redners unverständlich bleibt.)

Die Deutschnationalen verlassen den Saal.

Dr. Wendthausen (Landv.) gibt unter großer Unruhe der Linken für einen Teil der Landvolkpartei eine Einspruchserklärung gegen die gestrigen Reichstagsbeschlüsse ab. Er erklärt, das wahre Deutschland sei nur in den Reihen der nationalen Opposition. Auch Dr. Wendthausen verläßt mit einigen Freunden den Saal.

Darauf hält Reichsaussenminister Dr. Curtius seine Rede über die Außenpolitik, über die bereits berichtet worden ist. Die Rede wurde ruhig angehört und fand im Schluß den Beifall der Mehrheit der noch anwesenden Abgeordneten.

Der Präsident richtete dann an die Abgeordneten die Mahnung, angesichts der Abstinenz der äußersten Rechten mit verstärktem Verantwortungsgefühl dafür zu sorgen, daß der Reichstag nicht der Beschlunsfähigkeit anheimfällt. In der jetzigen ernsten Situation müsse man verlangen, daß nur schwerranke Abgeordnete den Sitzungen fernbleiben.

Abg. Stampfer (Soz.) beschäftigte sich zunächst mit dem Auszug der Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten und die Hugenberg-Nationalen hätten darauf spekuliert, daß Deutschland in Genf eine Niederlage erleide. Nun, da es anders gekommen ist, betrachten sie den deutschen Sieg als ihre Niederlage und reißten aus, wie es diese Nationalisten nach jeder Niederlage tun.

Abg. Dr. Raas (Str.): Durch den Exodus der sogenannten nationalen Opposition haben die Reichstagsverhandlungen an Sachlichkeit und Beistigkeit gewonnen. Der Redner stimmt den Ausführungen des Ministers Curtius zu. Man könne ein neues Europa zwar auf der Landkarte machen, aber man dürfe nicht vergessen, daß der Geist wirklich in allen Rädern großzuziehen, der allein diesem Mechanismus Europa das Bild eines wirklich zukunftsfähigen Organismus geben könne. Wenn die andern ihre Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag und dem Völkerbund nicht erfüllen wollten, wie wollen sie dann dem Völk. das diesem Militarismus der andern gegenüber nun an eine Aufrüstung denken würde, Militarismus vorwerfen? Was Polen betrifft, so denken wir nicht daran, die deutsche Politik in eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den polnischen Staat zu bringen. Aber gegenüber den Grenzen, die dieser Staat gefunden hat, haben wir wachsende Bedenken. Wir begrüßen die positive Einstellung des Ministers des Auswärtigen zum Völkerbund. Den Plan des Grafen d'Ormesson begrüßen wir.

Abg. Dauch (Dp.): Zur Führung der Genfer Verhandlungen gebühre dem deutschen Minister des Auswärtigen Dr. Curtius der Dank des Reichstags. Die Revision der jetzigen Reparationsverpflichtungen sei dringend notwendig. Herausgehen müsse die innere Sanierung.

Zur parlamentarischen Lage

Berlin, 11. Febr. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat jetzt gleichfalls einen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Curtius eingebracht. Entsprechend der neuen Formel lautet der Antrag: Der Reichstag entzieht dem Reichsminister des Auswärtigen das Vertrauen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt heute eine Sitzung ab, in der das weitere Verhalten der Fraktion im Reichstag erörtert wurde. Die Fraktion beschloß, bis auf weiteres an den Arbeiten des Reichstags und seiner Ausschüsse sich nicht zu beteiligen.

Die Deutschnationalen berufen auf Donnerstag abend eine große Versammlung nach Berlin ein, in der die Fraktionsführer sprechen werden.

Die aus dem Reichstag ausgezogenen Abgeordneten haben sich an den Ausschusssitzungen am Mittwoch nicht beteiligt. Die Besetzung der freigewordenen Posten des Vizepräsidenten und zweier Schriftführer wird am Donnerstag vorgenommen.

Die Zentrumsfraktion wählte zum ersten Vorsitzenden den Abg. Perlitius, zu stellv. Vorsitzenden die Abg. Esser und Ersing. In den weiteren Vorstand der Fraktion wurden gewählt: Bell, Giesberts, Joos, Ködner, Schreiber, Wihla und Frau Weber.

Die Rede des Außenministers Curtius wird in den Blättern der Regierungsparteien nur kurz und im allgemeinen zustimmend erörtert; sie sei klug und sachlich. „Volkalanzeiger“ und „Deutsche Zeitung“ nehmen von ihr keine Kenntnis; letzteres Blatt sagt, auf eine Wiederholung der verbrauchten Bekenntnisse des Herrn Curtius könne man gern verzichten. Der „Tag“ meint, es sei ein starkes Stück, wenn der Außenminister von einem jahrelangen Kampf der Regierung gegen die Kriegsschuldfrage zu sprechen wage. „Deutsche Laasseltuna“ nennt die Rede „nicht warm und

nicht kalt". Das Blatt befürchtet, daß nach dem Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag die Landwirtschaft noch stärker als bisher von dem guten oder schlechten Willen der Reichsregierung abhängig sein werde.

Zur Curtius-Rede meint der Pariser „Deuore“, sie habe nichts Neues gebracht.

Der „Petit Parisien“ sagt, während Reichskanzler Brüning, der sich auf das Zentrum und die Sozialdemokratie und die Autorität Hindenburg stütze, bei seinen Kundgebungen ein sorgfältig vermeide, allzu deutlich zu sprechen, habe Dr. Curtius, vielleicht weil er sich nicht fest im Sattel und von seiner eigenen Partei schwach unterstützt fühle, das Bedürfnis gehabt, dem Bloß der Rechtsopposition in Worten Genugtuung zu geben, obwohl deren Vertreter den Saal verlassen, bevor der Minister seine Rede begann. Curtius habe seine Thesen mit einem Nachdruck entwickelt, der kaum geeignet sei, die Regelung der Beziehungen zu erleichtern, die die Reichsregierung im innersten Herzen zweifellos fruchtbarer zu gestalten wünsche.

„L'Ordre“ behauptet, durch Curtius sei Frankreich nur in Kenntnis gesetzt, daß Deutschland entschlossen sei, seine Verpflichtungen aus den Verträgen zurückzuweisen.

Die Aufhebung der Immunität

Berlin, 11. Febr. Die Staatsanwaltschaften der deutschen Länder haben, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, bereits gestern vormittag damit begonnen, die durch den Beschluß des Reichstags über Aufhebung der Immunität möglich gewordenen Strafverfahren durchzuführen. Die Arbeit entfällt auf die preußischen Staatsanwaltschaften, die etwa 150 Strafverfahren gegen Abgeordnete durchzuführen haben; davon kommen mehrere Dutzend Verfahren allein auf Berlin. Es wird möglicherweise notwendig sein, das poltische Dezernat der Staatsanwaltschaft I Berlin vorübergehend zu verstärken.

Kampf gegen die Kriegsschuldlüge

Berlin, 11. Febr. Wie verlautet, sind in der Kriegsschuldfrage Bestrebungen im Gange, um eine Reihe von Parteien zu einer gemeinsamen Erklärung gegen die Kriegsschuldlüge zu vereinen. Diese Erklärung soll im Reichstag abgegeben werden. Auch die Deutschnationalen und Nationalsozialisten sollen aufgefordert werden, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Auch Volksbegehren zur Auflösung des Reichstags?

Essen, 11. Febr. Die „Nationalzeitung“, das führende westdeutsche Organ der Nationalsozialistischen Partei, regt an, nach dem Auszug der Opposition aus dem Reichstag nunmehr durch Einbringung eines Volksbegehrens auf Reichstagsauflösung den Kampf gegen den Reichstag selber ins Volk hineinzutragen.

Neue Nachrichten

Noch keine Einigung über die Osthilfe

Berlin, 11. Febr. Die Verhandlungen vom Montag und Dienstag haben noch keine volle Einigung gebracht. Die Vertreter der Landwirtschaft, besonders der Landvolkpartei, bestanden darauf, daß bei der Umschuldung, für die öffentliche Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, die Selbsthilfe eingesetzt werde, und daß für die helfenden landwirtschaftlichen Verbände 5% v. H. Zinsen gewährt werden soll. Die preußische Regierung lehnt diese Forderung beharrlich ab, und auch eine neuerliche Befprechung des Reichskanzlers mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun blieb ergebnislos. Ohne Zulassung der Garantieverbände wird die Landvolkpartei dem Gesetz nicht zustimmen.

Christlichsozialer Schulgesetzantrag

Berlin, 11. Febr. Die Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei hat einen Gesetzentwurf zur Regelung des Volksschulwesens eingebracht. Drei Formen der deutschen Volksschule sollen zugelassen werden, die Gemeinschaftsschule, die Bekenntnisschule und die brenntnissfreie Schule. Die Aufsicht über alle Volksschulen führt der Staat. In die örtlichen Schulverwaltungskörper, denen Schulen unterstehen, an welchen Religionsunterricht erteilt werden soll, soll je ein Vertreter der entsprechenden Religionsgesellschaft mit Sitz und Stimme aufgenommen werden. Der Elternbeirat soll durch Gesetz fortbestehen. Der Religionsunterricht soll von einem Angehörigen der betreffenden Religionsgesellschaft in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen, unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staats erteilt werden. Zur Einsichtnahme

Die Mutter

Roman von Lola Stein.

34. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„Daß mir meine Pflichten,“ hat sie. „Ruhe du dich aus, Ellen, du arbeitest das ganze Jahr ja schwer genug. Wenn ich meine Arbeit nicht mehr habe, fühle ich mich nicht wohl.“

Auch das alte Mädchen ließ sich nichts von ihrer Tätigkeit nehmen, nicht das geringste durfte „die junge Frau“, wie sie Ellen nannte, tun. Sie bediente sie, sie sorgte in rührender Weise für sie. Aber Ellen ward innerlich nicht froh und nicht frei. Ihre Gedanken gingen zu jeder Stunde denselben Weg. Was tat Udo jetzt? Sorgte Uchi gut für ihn? Bekam er alles, was er brauchte? Lebten die Kinder auch ordentlich und gut?

Zuweilen fragte sie sich, ob es nicht doch ein Unrecht gewesen sei, Udo mit seiner kleinen Frau allein zu lassen, die doch so gar nichts vom Hauswesen verstand.

In Verbitterung, in Groll war sie gegangen, aus dem Gefühl heraus, daß man ihrer nicht mehr bedurfte. Hätte sie sich nicht bescheiden müssen, nicht geduldiger, nicht verstehender sein sollen?

Sie schlief schlecht und ah wenig von den guten Sachen, die die Mutter und das alte Mädchen gemeinam zubereiteten.

Es war schwer, ein ganzes, langes Frauenleben hindurch einem geliebten Menschen alles zu bedeuten, unentbehrlich zu sein und sich plötzlich überflüssig zu fühlen.

Überflüssig dort in Berlin, wo eine junge Frau das Amt übernommen hatte, das immer das ihre gewesen. Überflüssig hier zwischen den alten Leuten, denen sie seit langem entfremdet war.

in den Religionsunterricht soll der Staat Beauftragte bestellen, die von der Religionsgesellschaft vorgeschlagen werden. Zur Bestreitung der den Ländern und Gemeinden erwachsenden Kosten soll das Reich den Ländern eine einmalige Beihilfe zur Verfügung stellen.

Schadenersatzfrage wegen einer Ministerrede

Berlin, 11. Febr. Ein Obermonteur Schmidt war vor drei Jahren nach Polen ausgewandert. Seine dortige Stellung wurde ihm, wie er behauptete, seinerzeit auf die bekannte Rede des Reichsministers Treviranus hin gekündigt und Schmidt erhob nun beim Arbeitsgericht Berlin Klage gegen Treviranus auf Schadenersatz von 1000 Mark. Das Arbeitsgericht erklärte sich nicht für zuständig und verwies den Klageantrag an das Landgericht I. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts machte den Kläger auf die Aussichtslosigkeit seines Vorgehens aufmerksam, da Schadenersatz nur auf Grund der Schädigung durch eine unerlaubte Handlung gefordert werden könne. Eine im deutschen Interesse gehaltene Ministerrede könne jedoch nicht gut als unerlaubte Handlung betrachtet werden.

Hausdurchsuchungen in München

München, 11. Febr. Im Zusammenhang mit einer Schlägerei in Murnau mit Sozialdemokraten nahm die Polizei in der Wohnung des Nationalsozialisten Hauptmann a. D. Nießler eine Hausdurchsuchung vor und nahm ihn wegen Verdachts des Hochverrats in Haft. Auch bei dem Major a. D. Schneidhuber wurde in dessen Abwesenheit eine Hausdurchsuchung veranstaltet und viel schriftliches Material beschlagnahmt.

Nach Wälderberichten soll ein Schriftstück gefunden worden sein, aus dem hervorgehe, daß die SA. Vertrauensleute bei Behörden angesetzt haben mit der Aufgabe, geheime Erlasse der obersten SA.-Leitung mitzuteilen.

Eine sonderbare Äußerung des holländischen Generalstabschefs

Amsterdam, 11. Febr. Die holländische Presse beschäftigt sich eingehend mit einer vom holländischen Generalstabschef Seyffarth vor einigen Tagen abgegebenen Erklärung über Hollands Stellungnahme zum belgischen Aufrüstungsprogramm. Seyffarth sagte wörtlich: Die Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Belgien und Frankreich durch Holland hindurch wird durch die neuen militärischen Verstärkungen Belgiens nach meiner Ansicht eher verringert als erhöht.

„Utrechisch Tagblad“, das durch die bekannte Utrechter Dokumentenveröffentlichung hervorgerufen ist, schreibt dazu: Die Erklärung Seyffarths sei außerordentlich bedenklich und gefährlich, weil sie gegenüber Ländern, die zurzeit zwar nicht die starke Macht besitzen, wie der französisch-belgische Block, die sie aber in Zukunft wieder erhalten werden, ungerecht und beleidigend sei. Die Unterstellung, daß Deutschland in einem neuen Krieg die holländische Neutralität, die es im Weltkrieg sorgfältig beachtet habe, verletzen werde, sei höchst unpassend und in einer amtlichen Erklärung des Generals vollkommen unzulässig. Was berechtigt General Seyffarth dazu, Deutschland zu beschuldigen und gleichzeitig die Annahme, daß Belgien, das bereits mehrere Annektionsversuche auf seinem Gewissen hat, die holländische Neutralität verletzen werden, als „völlig abwegig“ zur Seite zu stellen? Es sei wohl anzunehmen, daß Holland zurzeit weder vom Osten, noch vom Süden Gefahr drohe, aber wenn eine holländische Heeresautorität, die mit der Verteidigung Hollands betraut ist, ausschließlich auf Grund einer vermeintlichen Neutralitätsverletzung von Seiten des entworfenen Deutschlands, die belgischen Befestigungen als im holländischen Interesse liegend erkläre, dann bedeuete dies nichts weniger als die Aufgabe der holländischen Neutralität und den Anschluß Hollands an den französisch-belgischen Block. Wird die Kammer dies dulden? Oder macht sich der Abriistungseifer in Holland dahin geltend, daß man sich unter dem Stillschweigen von Regierung und Presse durch den Generalstab in den mächtigen Militarismus Europas einverleiben läßt?

Zwei Schlappen des Kabinetts Laval

Paris, 11. Febr. Wegen den Wunsch des Finanzministers nahm die Kammer gestern mit 500 gegen 78 Stimmen einen Antrag der Opposition an, daß ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Entschädigungen an ehemalige Kriegsopfer an die Finanzkommission zurückverwiesen werde. Mit 301 gegen 206 Stimmen wurde ferner ein Antrag angenommen, auch die Entschädigung für Vulpenerbeiter an die Kommission zurückzuverweisen, sobald der Haushalt-

minister und Ministerpräsident Laval den Antrag bekämpft hätten. Da aber die Vertrauensfrage nicht gestellt wurde, haben die Abstimmungen zunächst keine weiteren Folgen.

Ein Kleinriedelgesetz vom englischen Unterhaus angenommen

London, 11. Febr. Das Unterhaus nahm gestern in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Aufbarmachung landwirtschaftlichen Bodens mit 282 gegen 226 Stimmen an. Die Vorlage, die nunmehr dem Oberhaus unterbreitet wird, stellt eine der Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar und nicht die Schaffung von kleinen Pachtstellen und ihre Verteilung an Erwerbslose vor.

Ein englischer „Bund der wirtschaftlichen Abwehr“

London, 11. Febr. In einem Schreiben an die „Morningpost“ kündigt das konservative Parlamentsmitglied Commander Bellaire die Bildung des „Bunds der wirtschaftlichen Abwehr“ an, der sich gegen den wirtschaftlichen Krieg Sowjetrußlands wenden soll. Dem vorläufigen Ausschuß gehören der Herzog von Atholl, Lord Brentford, Sir Robert Horne und andere bekannte Persönlichkeiten an. Der Bund setzt sich insbesondere das Ziel, gegen die Sträflingsarbeit in den russischen Holzlagern Einspruch zu erheben und die Forderung nach einem Einfuhrverbot von russischem Holz, das von Sträflingen gefällt, bearbeitet und verladen worden ist, zu unterstützen.

Westaustralien gegen die Bundespläne

Canberra, 11. Febr. Der Erminister des Staats Westaustralien veröffentlicht eine aufsehenerregende Erklärung gegen die Pläne der Minister Theodore und Lang hinsichtlich der Schulden Austriens bei England. Westaustralien werde seine Stellung innerhalb des australischen Bundes einer Ueberprüfung unterziehen, wenn man den Versuch mache, die im Plan Theodores enthaltene Politik allgemeiner Inflation durchzuführen. Das Band zwischen Westaustralien und dem australischen Bund sei nicht unauflöslich und es werde keine Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen Australiens nur dann fortsetzen, wenn der Grundsatz angewendet werde, daß Westaustralien entsprechend seinen Mitteln leben könne.

Württemberg

Evangelischer Landeskirchentag

II

Kirchengebetsbuch — Gottesdienstordnung

ep. Stuttgart, 11. Februar. Am Dienstag beriet der Landeskirchentag über den Entwurf eines kirchlichen Gebetsbuchs betr. Aenderung des Kirchengebetsbuchs Teil I. Kirchenpräsident D. Wurm führte aus, daß sich seit der letzten Ausgabe des Kirchengebetsbuchs im Jahr 1908 die geistesgeschichtliche Lage gründlich geändert habe. Dem kann sich auch Kirche und Theologie nicht entziehen. Bei den Beratungen über den neuen Entwurf im Ausschuß gewann die Bestimmung über die theologische Grundlage der kirchlichen Gebetsprache eine immer größere Bedeutung. Nach Angaben von Oberkirchenrat Schaal enthält der Entwurf ein selbständiges „Vorwort“ mit grundsätzlichen Ausführungen über den Gottesdienst und einen „Liturgischen Wegweiser“. Auch die Gottesdienstordnung wurde neu festgestellt. Die Gebete für einzelne Anlässe und für die Jugendgottesdienste sind stark vermehrt.

Die Einzelberatungen galten zunächst dem „Vorwort“. Die Berichterstatter Schrenk und Würdel gaben eine Uebersicht über den theologischen Gedankengang des Vorwortes. Die Predigt soll verantwortliche Weitergabe des Wortes sein bei voller Anerkennung der subjektiven Seite des Predigers. Abg. D. Dr. Schoell will klar unterscheiden wissen zwischen der prophetischen Aufgabe und derjenigen des Predigers, der das Evangelium zu bezeugen und auszulegen habe. Abg. Buder wünscht, daß das Vorwort keinen kirchengeschichtlichen Charakter haben soll. Kirchenpräsident D. Wurm fasste den Sinn des Vorwortes in zwei Sätzen zusammen: Der Pfarrer soll nicht Steine, sondern Brot bieten; und er soll nicht abspesen, sondern speisen.

Die weiteren Beratungen galten dem Entwurf der evangelischen Gottesdienstordnung. Die Berichterstatter Schrenk und Würdel betonten, daß er dem Bedürfnis des Kirchenvolks nach einer einheitlichen Ordnung Rechnung tragen und zugleich den geschichtlich gewordenen Charakter des württembergischen Gottesdienstes wahren wolle. Nachdem einzelne Wünsche zu den verchie-

Sie nickte der alten Frau dankbar zu, ihre Mienen erhellten sich sogleich. Endlich ein Brief. Bisher hatte Udo nur flüchtige Karten geschrieben.

In dem behaglichen Biedermeierzimmer, dessen schöne Mahagonimöbel von Ellens Urgroßeltern stammten und wunderbar erhalten waren, lag der Brief. Sie nahm ihn in die Hand, ihr Herz schlug schneller, sie streichelte Udos Schrift. Wie eine verlebte Frau gebärdete ich mich, dachte sie, nicht wie eine alte Mutter.

Udo schrieb:

„Beliebtes Schatz!“

Denkst Du gar nicht ans Heimkommen? Ich sehne mich sehr nach Dir. Du fehlst mir an allen Ecken und Enden. Wir können Weihnachten nicht zu den Großeltern kommen, da Uchis Vater sich angemeldet hat. Er wird, wie immer, wenn er in Berlin ist, bei Hede wohnen, will aber natürlich sehr viel mit seiner Jüngsten zusammen sein. Mir ist es sehr recht, daß er kommt, denn ich verleve das Fest lieber im eigenen Heim, aber natürlich nur, wenn Du zwischen uns bist. Ich verstehe überhaupt nicht, daß Du es so lange im Winter in der Einsamkeit aushältst.

Uns geht es gut. Jetzt im Dezember ist es ein wenig stiller, wir gehen nicht sehr viel aus, da es kaum Premieren gibt. Mein Buch ist nun nahezu fertig, noch einig Tage Arbeit, und ich kann es abliefern.



Kropf Satthals, Drüsen-schwellungen

Kloster Indersdorf Kropfswallung. Altbewährte u. empfohlene. Zahlreiche Dankschreiben. 1 Flasche = M. 2.-. Zu haben in allen Apotheken, Fabrikation und Versand: Kloster-Apothek, Kloster Indersdorf 188 (Oberbayern)



denen Teilen der Gottesdienstordnung (Schriftlesung, Singen, Predigt, Verkündigungen) geändert worden waren, gab Oberkirchenrat Schaal Auskunft über Arbeiten für eine Sammlung von Schriftlesungen, die aber nur Vorkriegscharakter tragen soll. Abg. G a u g e r beantragte die Herstellung eines Sonderdrucks des „Vorworts“ und des „Liturgischen Begleiters“ für die Kirchengemeinderäte, Diocesanämter usw. Damit wurden die Verhandlungen über die Gottesdienstordnung abgeschlossen.

Holzrentwertung

Stuttgart, 11. Febr. Demokraten, Bürgerpartei, Bauernbund, Zentrum und Deutsche Volkspartei haben im Landtag folgende Große Anfrage eingebracht: Die Lage der Waldwirtschaft hat sich in den letzten Monaten zusehends verschlechtert. Die Abholpreise für Holz liegen heute vielfach unter dem Vorkriegspreis, während sich die Gestehungskosten nahezu verdoppelt haben. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß nicht nur der private Waldbesitz, sondern auch die öffentliche Hand, insbesondere der Staat und die Gemeinden, ganz erhebliche Einnahmeausfälle aus ihrem Waldbesitz erleiden. Nach den bisherigen Berechnungen werden allein die Roheinnahmen des Landes Württemberg aus dem Holztrag des Staatswaldes von rund 27 Millionen RM. in den Haushaltsjahren 1929 und 1930 auf rund 20 Millionen RM. in den kommenden Haushaltsjahren abfallen. In einzelnen Gemeinden des Landes konnten mit dem Erlös für öffentlich verteiltes Holz nicht einmal die Holzhauserlöse bezahlt werden. Wir fragen das Staatsministerium, 1. welche Anordnungen es getroffen hat, um die Verwendung einheimischen Holzes bei allen öffentlichen und mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauten sicherzustellen; 2. ob es bereit ist, bei der Reichsregierung die zur Milderung dieses öffentlichen Notstands in der Waldwirtschaft erforderlichen Anträge zu stellen.

Abg. G a u g e r (BVP.) hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß Zahlungen von Baupartern aus Bauparverträgen bis zur Höhe von 600 RM. jährlich in derselben Weise als Sonderleistungen von der Einkommensteuer abgezogen werden dürfen, wie dies nach § 17 des Einkommensteuergesetzes für Prämien von Lebensversicherungen usw. vorgesehen ist.

Seldte über das Volksbegehren

Stuttgart, 11. Febr. Auf seiner Süddeutschlandreise traf der erste Bundesführer des Stahlhelms, Fabrikant Franz Seldte, Magdeburg, von Baden her gestern in Stuttgart ein. Nachdem in den Nachmittagsstunden eine Besprechung mit Vertretern von Industrie, Landwirtschaft, Presse, Handel und Gewerbe im Hospiz Viktoria vorangegangen war, fand die Hauptveranstaltung am Abend in dem bis auf den letzten Platz gefüllten großen Festsaal der Viederhalle statt. Seldte wurde mit Heilrufen und Händeklatschen, vielfach auch mit dem nationalsozialistischen Gruß empfangen.

Nach einleitenden Worten des Ortsgruppenführers des Stahlhelms, Oberleutnant A. D. Amling, führte Seldte etwa folgendes aus: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat im Januar ein Zweijahresprogramm aufgestellt, das das Volksbegehren in Preußen, die Neuwahl des preussischen Landtags, die Neuwahl des Reichstags und die Reichspräsidentenwahl umfassen wird. An dem Volksbegehren, das die Neuwahl des preussischen Landtags herbeiführen soll, soll auch Württemberg, wenigstens mit Herz und Sinn, teilnehmen. Die Front für dieses Volksbegehren ist, wie bis jetzt schon feststeht, breit gelagert, von den Nationalsozialisten bis zur Mitte, hoffentlich auch bis zu den Zentrumsleuten, die neben ihrem katholischen Glauben auch ihr deutsches Herz entdecken. Der veraltete, verlotterte, verrottete preussische Landtag muß so schnell wie möglich aufgelöst werden. Der Neuwahl des preussischen Landtags wird sich eine Neuwahl des Deutschen Reichstags anschließen müssen. Wenn heute neu gewählt wird, gibt es noch einen ganz anderen Ruf nach rechts als am 14. September v. J. Das führt ein Blinder mit dem Krückstock, nur die preussischen Minister sehen es nicht. Wenn die preussische Regierung durch Zurückweisung unseres Antrages an der Propaganda für unser Volksbegehren sich beteiligt, so können wir ihr nur dankbar dafür sein. Der englische Außenminister hat unlängst darauf hingewiesen, daß die Deutschen doch nicht immer auf den Versailles Vertrag schimpfen sollten, den sie doch freiwillig angenommen hätten. Allerdings sei der Vertrag angenommen worden, aber nicht vom Volk, sondern von den Bonzen, die heute noch auf den Ministerstühlen sitzen und nicht herunterwollen. Stahlhelm, Hugenberg und Hilfer sind bereit, noch einmal darüber abstimmen zu lassen, ob man einen solchen Dred-Vertrag annimmt oder nicht. Wenn wir wirklich hochkommen wollen, müssen wir uns wieder den alten deutschen Tugenden, Fleiß, Tapferkeit, Sparsamkeit und Brüderlichkeit, zuwenden.

Stuttgart, 11. Februar.

Volkszählung 1931. Bei der für 1931 in Aussicht zu nehmenden Volks-, Berufs- und Betriebszählung werden die Nachweise über die Ergebnisse der Volkszählung, wie im Jahr 1925, auf Kosten der Länder aufzustellen sein. Die von Württemberg dabei zu tragenden Kosten werden sich auf rund 135 000 M. belaufen.

Staatsbeiträge für einzelne landwirtschaftliche Zwecke. Für einzelne landwirtschaftliche Zwecke leistet der Staat in den Jahren 1931 und 1932 jährlich folgende Beiträge: Fürsorge für die Landwirtschaft im allgemeinen 99 400 M. (davon 94 000 M. Beitrag an die Württ. Landwirtschaftskammer), Förderung des Weinbaus einschließlich der Heranzucht reblausfester Reben 82 000 M. (davon 65 000 M. für die Anstalt in Weinsberg), Förderung der Tierzucht und Verwertung tierischer Erzeugnisse 427 000 M. (auf die Pferdezucht entfallen 98 500 M., auf die Rindviehzucht 250 000 M.), Feldbereinigungswesen 170 000 M., Bodenverbesserungswesen 425 000 M. (davon etwa zwei Drittel für Ent- und Bewässerungen, Moorturbarmachungen und landwirtschaftliche Wegbauten, und 1 Drittel für Bachverbesserungen).

Der Gemeindeanteil an den Bezügen der Lehrer an Volksschulen. Durch eine Bekanntmachung des Kultusministeriums wird die Höhe des durchschnittlichen Dienst Einkommens der Lehrer an Volksschulen einschließlich Mittelschulen, nach dem der Anteil der Gemeinden an den Schulkosten berechnet wird, mit Wirkung vom 1. Februar 1931 an wie folgt bestimmt: 1. für jede planmäßige Stelle eines Lehrers oder einer Lehrerin der Bes.-Or. 5, 6, 7 b und 8 a 3146 RM., 2. für die außerplanmäßigen Lehrer und Lehrerinnen 3110 RM., 3. für jede planmäßige Stelle einer Fachlehrerin (Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerin) 3890

RM., 4. für die außerplanmäßigen Fachlehrerinnen (Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen) 2405 RM. Die Höhe des Anteils der Gemeinden berechnet sich hiernach: für jede Stelle der Ziff. 1: in großen Städten auf 4117 RM., in mittleren Städten auf 3345 RM., in den übrigen Gemeinden auf 2316 RM.; für jeden Lehrer der Ziff. 2 auf 2488, 2022 oder 1400 RM.; für jede Stelle der Ziff. 3 auf 3110, 2334 oder 1755 RM.; für jede Lehrerin der Ziff. 4 auf 1924, 1563 oder 1082 RM.

Kürzung der Belohnungen für Ueberstunden und nebenamtlichen Unterricht. Durch eine Verordnung des Kultusministeriums sind auf Grund der Rotverordnung um 6 v. H. gekürzt worden: 1. Die Vergütungen für Ueberstunden und nebenamtlichen Unterricht, 2. die Belohnung der vertragsmäßig angestellten Fachlehrerinnen.

Prüfung für Probefachlehrer. Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat eine Verordnung über die Prüfung der in Klasse 1 der höheren Schulen aufgenommenen Probefachlehrer erlassen. Die Prüfung findet jeweils in der dritten Juliwoche statt. Den Prüfungsplan bestimmt der Schulvorstand (Schulleiter). Prüfungsgegenstände sind: deutscher Aufsatz und deutsche Sprachlehre, Rechnen und die Fremdsprache. Es wird schriftlich und mündlich geprüft.

Einheitliche Vorbildung von Kindergärtnerinnen. Die Länder haben eine Vereinbarung über die Vorbildung und Ausbildung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen getroffen.

Schlichtungsausschüsse. Die Geschäfte der Schlichtungsausschüsse Heilbronn und Rottweil, die seit Jahren einen sehr geringen Umfang haben, werden künftig voraussichtlich von dem Schlichtungsausschuß Stuttgart wahrgenommen werden.

Entschädigungsansprüche der Stadt. Vor 120 Jahren hat der damalige König Friedrich I. Grundstücke des Stuttgarter Bürgerhospitals enteignet, um die bekannten Stuttgarter Anlagen und den Rosenpark anlegen zu lassen. Bis zum Jahr 1822 zahlte der Staat hierfür eine kleine Pachtsumme. Vor einiger Zeit wurden nun die alten Aktenstücke ans Tageslicht gebracht und die Stadt Stuttgart erhebt auf Grund derselben, wie Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager in seinem Verwaltungsbericht mitteilte, Entschädigungsansprüche an den Staat. Ein Urteil des Kompetenzgerichtshofs vom Oktober 1930 spricht der Stadt einen solchen Anspruch zu. Wie die „Südd. Ztg.“ berichtet, schweben darüber zurzeit Verhandlungen. — Der Staat wendet für die Unterhaltung der Anlagen, die seit ihrer Entstehung dem Publikum zur Verfügung stehen, für gärtnerische Ausschmückung, Diener usw. jährlich annähernd 200 000 M. auf.

Beamtenbund und Bauernbund. Der Württ. Beamtenbund wendet sich in einer längeren Erklärung gegen die vom Landesauschuß des Württ. Bauern- und Beirgärtnerbunds geforderte Entlastung im Innern auf Kosten der Beamenschaft.

Alzu sportbegieret. Am Montag nacht gegen 1 Uhr wurde beim Sechstages-Rennen in der Stadthalle ein zwölfjähriges Bürschchen gesucht, das zwei Tage lang zu Haus vermißt wurde. Nach der Meinung des Vaters konnte der Versteht nirgends anders zu finden sein als beim Sechstages-Rennen. In der Tat wurde er, wie das St. N. T. berichtet, unter den Zuschauern entdeckt, wo er als „blinder Passagier“ zwei Tage und zwei Nächte an der Sechstagesfahrt teilgenommen hat. Unerfindlich ist, wo er sich während der Neutralisation versteckt hatte.

Vom Tode. In einem Haus der Bismarckstraße wurde abends eine 34 J. a. Hausangestellte tot aufgefunden. Es liegt ein Unfall durch Gasvergiftung vor. — Durch Einatmen von Gas verübte in einem Haus der Reinsburgstraße ein 43 J. a. Mann einen Selbstmordversuch. Er wurde nach erfolgreicher Anwendung des Sauerstoffapparats nach dem Katharinenhospital verbracht. — In selbstmörderischer Absicht sprang abends in einem Haus der Reinsburgstraße eine 44 J. a. Frau aus einem Fenster des 4. Stockwerks auf den Gehweg. Sie trug schwere innere Verletzungen davon, denen sie kurze Zeit nach ihrer Einlieferung ins Katharinenhospital erlag.

Aus dem Lande

Hall, 11. Febr. Gegen die Aufhebung des Landgerichts Hall. Stadtdorstand Dr. Prünzing veröffentlicht im Haller Tagblatt einen Artikel, der sich gegen die Aufhebung des Landgerichts Hall wendet. Das Wesentliche der Ausführungen ist, daß der Befürchtung Ausdruck gegeben wird, die ganze Reform werde wieder nur von wenigen Städten und Bezirken zu tragen sein, so wie die Reform des Jahres 1924 ebenfalls nur ganz wenige Städte betroffen hat.

Jagstheim O. Crailsheim, 11. Febr. Brand. Morgens entstand in der Scheuer des Landwirts Martin Keller im oberen Dorf ein Brand, der die ganze Scheuer in Asche legte. Neben Futtermitteln ist eine Futterschneidmaschine und sonstiges verbrannt.

Wiltsbad O. Heilbronn, 11. Febr. Milchfälscher entlarvt. Die hiesige Molkereigenossenschaft hat eine unvorhergesehene Milchkontrolle vorgenommen. Dabei wurden bei dem Bauern Paul Winter 33 Prozent Wasserzulag festgestellt. Die Molkereigenossenschaft hat ihn deshalb in ihrer Generalversammlung ausgeschlossen.

Nürtingen, 11. Febr. Neues Bahnhofsgebäude. In der Hauptversammlung des Verkehrsvereins Nürtingen wurde die Mitteilung gemacht, daß die Mittel zum Neubau des Bahnhofs bewilligt worden seien. Gleichzeitig mit dem bereits beschlossenen Postweiterbau dürfte auch ein SA-Amt eingerichtet werden, desgleichen ein Landbestellungsamt mit Kleinauto.

Reutlingen, 11. Dez. Vom Technikum für Textilindustrie. Acht Lehrkräfte des Technikums für Textilindustrie Reutlingen, die bisher vom Betriebsverein bezahlt worden sind, sind auf den Staat übernommen worden, dem vertraglich die Anstellung und Bezahlung der Lehrkräfte obliegt. Der „Betriebsverein“ für das Technikum für Textilindustrie Reutlingen e. V., der den Fabrikbetrieb und den sachlichen Schulbetrieb des Technikums führt, erhält hiesfür vier Fünftel der Schulgelder.

Tübingen, 11. Febr. Universitätsneubauten. Für die Erweiterung der Aula der Universität ist infolge der seit Aufstellung der Kostenberechnung — im Jahr 1928 — eingetretenen zeitweiligen Erhöhung der Baupreise mit einem Gesamtaufwand von 4,65 Millionen RM. zu rechnen. Nach Bewilligung von drei Teilbeträgen im Plan für 1928, 1929 und 1930 mit zusammen 4,4 Millionen ergibt sich noch für 1931 ein Restbetrag von 250 000 RM. Für die Chirurgische Klinik sind bei einem Gesamtaufwand von

5,1 Millionen RM. im Plan für 1928, 1929 und 1930 drei Teilbeträge mit zusammen 2,5 Millionen RM. bewilligt worden, so daß noch 2,6 Millionen RM. zu verabschieden bleiben, und zwar 1,5 Millionen RM. im Jahr 1931 und 1,1 Millionen RM. für 1932. Für die durch das Freiwerden der alten Chirurgischen Klinik und deren Verwertung für andere Bedürfnisse der Medizinischen Fakultät entstehenden Bauarbeiten sind Mittel noch nicht vorgesehen.

Juffingen O. Mönningen, 11. Febr. Beerdigung des Abg. G a u g e r. In seiner Heimatgemeinde Juffingen wurde gestern Landtagsabg. Studienrat Max Gauß-Heilbronn zur letzten Ruhe bestattet.

Mün., 11. Febr. Betrügereien. Wegen mehrfach begangener Betrügereien wurde ein 36 J. a. Schriftsetzer in Haft genommen. Unter anderem hatte er einem arbeitslosen Schlosser versprochen, ihm eine gute Stelle zu besorgen, wenn er ihm mehrere 100 Mark gebe. Der Mann hatte das Geld bei Bekannten zusammengepumpt. — Unter der Anschuldigung des Meineids wurde hier ein Mann, der sich mit Wahrnehmung fremder Rechtsgeschäfte befaßt, verhaftet.

Niederbiegen O. Ravensburg, 11. Febr. 90 Jahre. Im Dienstag starb der älteste Mann der Gemeinde Baienfurt, Johann Gottfried Sauter, Bauer in Niederbiegen. Er ist am 17. September 1841 in Pfumern geboren.

Von der bayerischen Grenze, 11. Febr. Kleine Chronik. In Mindelheim fuhr der Landwirtssohn Josef mit zwei Kindern eine Rodelbahn hinunter und kam dabei so in Schuß, daß er mit dem Schlitzen, den er nicht mehr halten konnte, und den beiden Kindern in die Mindel fuhr. Hauptlehrer Hüblich zog den einen Buben aus dem Wasser und der Fahrer rettete den andern. — Der Landwirtssohn Anton Bauer von Hiltpoltsberg kam unter sein mit Langholz beladenes Fuhrwerk, dessen Hinterrad ihm den Brustkorb eindrückte. Am Auskommen Bauers wird gezweifelt. — Auf der vereisten Straße glitt der Apotheker u. Drogeriebesitzer Peter Krauß von Zusmarshausen aus und fiel so unglücklich auf den harten Boden, daß er einen Schädel- und einen Schlüsselbeinbruch erlitt. — In einem Waldbrand bei Untersalzhelm wurde in der Frühe ein Hamburger Zimmergeselle halb erstarrt aufgefunden. Der Mann hatte sich vor Uebermüdung auf den Boden gesetzt und war eingeschlofen. Er wurde ins Krankenhaus nach Günzburg gebracht.

Sigmaringen, 11. Febr. Gegen die Gründung des Landesverbandes des württ.-hohenz. Handwerks. Die Handwerkskammer zu Sigmaringen gibt in ihren „Mitteilungen“ zur Gründung eines Landesverbandes für das württembergisch-hohenzollerische Handwerk folgende Erklärung ab: In Stuttgart hat sich ein Landesverband des württembergisch-hohenzollerischen Handwerks gebildet, an dessen Spitze die Handwerkskammer Stuttgart steht. Da bisher eine Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Handwerkskammern bzw. des württembergischen Handwerks bestand, haben sich die drei Handwerkskammern Ulm, Reutlingen und Heilbronn vorläufig gegen den neugebildeten Landesverband ausgesprochen. Trotzdem sich der neue Verband nun württembergisch-hohenzollerisch nennt, betrachten wir die Neugründung als eine in der Hauptsache württembergische und halten es für richtig, zunächst die Klärung in Württemberg selber abzuwarten.

Lokales.

Wiltsbad, den 12. Februar 1931.

Vortrag. Am Samstag spricht laut Anzeige Herr Dr. Schott aus Stuttgart im Wiltsbader Hof über das Thema „Von dem dritten Tributplan“. In Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen und ungünstigen politischen Lage, wird zahlreicher Besuch erwartet, zumal der Vortrag sehr aufklärend und belehrend sein wird.

Deutliche Angabe der Postcheckbezeichnungen. Manntasch wird darüber geklagt, daß Postcheckkunden in ihren Briefbögen, Rechnungen usw. ihr Postcheckkonto oft in zu kleinen und schlecht lesbaren Ziffern oder wenig hervortretend ausdrücken lassen. Da den Postcheckkunden der Zahlungsverkehr sehr erleichtert wird, wenn auf den Briefbogen (und dergl.) das Postcheckamt und die Kontonummer groß und deutlich in klaren Ziffern aufgedruckt sind, wäre es ein wesentlicher Dienst an der Allgemeinheit, wenn bei der Herstellung neuer Druckförmel hierauf besonders geachtet würde. Zu der Kontonummer werden die Einer und Zehner zweckmäßig etwas kleiner gedruckt als die übrigen Ziffern.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Elektro-Musik. Der Forscher Jörg Mager in München hat interessante Erfolge erzielt, auf elektrischem Weg Töne hervorzubringen. Dr. Oskar v. Mager, der Gründer des Deutschen Museums, und Geheimrat Dr. J. J. M. München beaufsichtigen kürzlich die elektro-mechanische Werkstatt Magers und bekundeten großes Interesse für seine Forschungen, die in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht haben. Einem Auftrag der Bayerischen Festspielverwaltung zufolge beschäftigt sich Mager jetzt mit der Möglichkeit, die Oralsglocken im Parfsal elektro-musikalisch zu gestalten.

Zum Oberbürgermeister von Dresden wurde der frühere Reichsminister Dr. K ü l z (Dem.) gewählt.

Todesfall. Im Alter von 92 Jahren ist in Salzburg die Baronin Cecile v. Andrian, Tochter des Komponisten Meyerbeer, gestorben.

Sven Hedin in Stockholm. Der berühmte Forschungsreisende Sven Hedin ist am 10. Februar in Stockholm eingetroffen. Er teilt mit, die Expedition habe 3000 völkerrundliche Gegenstände gesammelt, die im Frühjahr in Stockholm ausgestellt würden. Ferner habe sie drei Bücher vorbereitet über die Erforschung der Wüste Gobi bis 1929, die Kaiserstadt Jehol und den wandernden See Lobnor. Auch die Mitarbeiter würden Bücher veröffentlichen. Der deutsche Meteorologe H a u d e habe eine Station eingerichtet, von der 350 Ballone aufgeschießen seien, einige bis zu einer Höhe von 21 000 Meter. Sven Hedin kehrt im Frühjahr oder Sommer nach Asien zurück.

Die Bevölkerung der Stadt des Vatikans. Nach römischen Blättern belief sich die Bevölkerung der Vatikanstadt am Gründungsstag auf 532. Hiervon lebten 250 Bürger auf vatikanischem Gebiet. Am 31. Dezember betrug die Einwohnerzahl 639 Personen. Hiervon sind 249 in der



Vatikanstadt anständig. Der Nationalität nach gliederten sich die Staatsbürger in 497 Italiener, 118 Schweizer, 8 Franzosen, 8 Deutsche, 1 Äthiopier, 3 Spanier, 1 Norweger, 2 Holländer und 1 Österreicher.

Raub aus Amerika zurückgeführt. Antonius Raab, der Gründer der Raab-Ragenstein-Werke in Kassel und spätere Geschäftsführer der Rheinischen Luftfahrt-Industrie GmbH, Krefeld, ist aus Amerika nach Deutschland zurückgeführt, um nachzuweisen, daß er nicht nach Amerika geflüchtet sei und sich keinerlei Unredlichkeiten habe zuschulden kommen lassen.

Die Einbrecher mit dem Diplomatenauto. Die Diebesbande, die, wie gemeldet, in der Nacht zum Sonntag einen Kraftwagen der spanischen Botschaft stahl und später einen Einbruch in ein Radiogeschäft in Berlin-Wilmersdorf verübte, ist festgenommen worden. Der 20 Jahre alte Walter Korschagt war bei dem Einbruch von dem Ladeninhaber angegriffen und ernstlich verletzt worden und mußte von seinen Genossen in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden, wo er von der Polizei ermittelt wurde. Zwei weitere Beteiligte konnten in einem Lokal in der Frankfurter Allee und der vierte in seiner elterlichen Wohnung festgenommen werden. Es handelt sich bei allen vier um junge Burschen von wenig mehr als 20 Jahren.

Entgleisung. In der Nacht zum Dienstag entgleisten bei der Durchfahrt des Bahnhofs **O r n s h e i m** der Postwagen und der Schlafwagen des Schnellzugs Frankfurt a. M. — Basel. Personen wurden nicht verletzt. Der Zug erlitt eine Verspätung von zweieinhalb Stunden. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht geklärt.

Cooper ertrunken. Von Bord des nach Deutschland fahrenden Dampfers „Deutschland“ ist der bekannte amerikanische Millionär und Menschenfreund **James Cooper** ins Meer gefallen und ertrunken.

Schiffsunglück. In der Nähe des Hafens von Kobe (Japan) stieß eine vollbeladene Dampfschiffe mit dem französischen Reisedampfer „Borthos“ bei heftigem Schneesturm zusammen und sank. 69 Personen wurden vermisst.

Der Hapag-Dampfer „Hagen“ erlitt bei der Ausreise auf der Unterelbe einen schweren Maschinenschaden und mußte in den Hamburger Hafen zurückgeschleppt werden. Er wird voraussichtlich entladen werden müssen.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 7. Februar

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Februar 1931 hat sich in der verflochtenen Bilanz die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 310,5 auf 1994,0 Mill. RM. verringert. Der U.M.

Kochen Sie MAGGI'Suppen!
Das spart Mühe, Zeit und Geld.
Viele Sorten.

lauf an Reichsbanknoten hat sich um 299,2 auf 1004,2 Mill. RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 40,5 Mill. RM. verringert. Die fremden Gelder zeigen mit 270,8 Mill. RM. eine Zunahme um 4,2 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 0,1 auf 2244,1 Mill. RM. und die deckungsfähigen Devisen um 1,0 auf 198,4 Mill. RM. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 51,2 v. H. in der Vormoche auf 54,9 v. H., diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 55,7 auf 59,8 v. H.

Die Mannschaft der „Vogelnd“ abgemustert

Zu der Angelegenheit des Flaggenwechsels auf dem Hamburger Dampfer „Vogelnd“ der Hamburger Reederei **Vogelmann** berichten die Morgenblätter, daß die Mannschaft bis auf den 1. Ingenieur von Bord gegangen ist, indem sie zwar die Kündigung annahm, auf die Herabsetzung der Löhne aber nicht einging. Die verdiente Heuer wurde ihr ausbezahlt. Eine zweite Mannschaft, die zusammengeführt worden war, ist zum Teil ebenfalls wieder fortgegangen.

Beim Hamburger Reederverband sind amtliche Ermittlungen über die sehr schwierige juristische und feierliche Frage eingeleitet worden. Außer dem Dampfer „Vogelnd“ ist auch auf dem Frachtdampfer „Vogesen“ derselben Reederei die Flagge von Panama gehißt worden.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, das deutsche Flaggenrecht verpflichte deutsche Staatsangehörige nicht, die ihnen gehörenden Schiffe unter deutscher Flagge zu führen. Es sei aber zu bedauern, daß eine Hamburger Reederei einen Flaggenwechsel vornehme, um sich der deutschen Steuerlast und den sozialen Abgaben zu entziehen.

Berliner Dollarkurs, 11. Febr. 4,201 G., 4,209 B.

Di. Abt.-Anl. 53,80.

Di. Abt.-Anl. ohne Ausl. 5,60.

Berliner Geldmarkt, 11. Febr. Tagesgeld 3,75—5,75 v. H.

Privatdiskont 4,875 v. H. kurz und lang.

Neuordnung der argentinischen Notenbank durch einen deutschen Fachmann. Der Leiter der Reichsbankstelle Krefeld, Dr. Schilling, wird am 12. Februar in Buenos Aires erwartet, wo er die Verhältnisse der argentinischen Notenbank (Banco de la Nacion) prüfen und Vorschläge zu ihrer Neuordnung ausarbeiten soll.

Eine Anleihe für München. Eine Bankengruppe unter Führung der Bayerischen Vereinsbank und der Bayerischen Hypotheken-

und Wechselbank verhandelt gegenwärtig mit der Stadt München wegen Gewährung einer kurzfristigen Anleihe, deren Gegenwert zum Teil zur Rückzahlung der am 1. April ds. Js. fällig werdenden dreijährigen 3proz. Schatzanleihe der Stadt München vom Jahr 1928 im Gesamtbetrag von 16 Mill. RM. zu 108 v. H. dienen soll. Der Anleihebetrag dürfte sich etwa in der genannten Höhe halten.

Rußland wollte eine Schwenninger Uhrenfabrik kaufen. In der letzten Gemeinderatsitzung in Schwenningen kam zur Sprache, daß kürzlich der russische Staat in Schwenningen eine Uhrenfabrik hat aufkaufen wollen. Der Kauf kam aber nicht zustande, weil die Russen lediglich die Maschinen für Uhrenherzeugung haben wollten, um sie nach Rußland auszuführen.

Der Frachtdampfer „Vogelnd“ wird mit einer Kollidation unter der Panamo-Flagge am Donnerstag von Hamburg nach Mittelamerika ausfahren. Die neue Besatzung besteht nur aus deutschen Seeleuten.

Kupfer weiter fest. Das amerikanische Kupferkartell hat den Kupferpreis für europäische Nordseehäfen wiederum um 0,25 Dollarscents auf 10,30 Dollarscents je lb. erhöht.

Bausparkasse der Selbsthilfe der Arbeit. Bei dieser in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bausparkasse ist mit der Eröffnung des Konkursverfahrens zu rechnen.

Stillelegung in Polnisch-Schlesien. Wie die polnische Presse meldet, wird in der nächsten Zeit ein Teil der ostoberschlesischen Zink- und Erzgruben wegen Auftragsmangels stillgelegt. Am 30. April werden sämtliche Gehälter der Angestellten und Beamten wie auch der Direktoren um 15 v. H. herabgesetzt. Auch in der Eisenhüttenindustrie und im Bergbau solle ein 15prozentiger Gehaltsabbau erfolgen.

Die Aktiengesellschaft für (Nieder-)Schlesische Leinenindustrie **Kramsta u. Söhne** in Freiburg beabsichtigt ihr Werk in **Bolkshain** wegen Auftragsmangels auf 4—6 Wochen stillzulegen. Nur 40 Angestellte werden weiter beschäftigt. Bei aller Beschäftigung war die Belegschaft des Werks Bolkshain 1200 Mann stark, derzeit arbeiten noch etwa 350.

Stuttgarter Börse, 11. Febr. Die heutige Börse eröffnete im Vergleich mit den Frankfurter Abendkursen leicht abgeschwächt. Im Verlauf änderte sich nicht viel. Schluß behauptet. Rentenmarkt unverändert.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 11. Febr. Weizen märk. 26,80—27, Roggen 15,70—15,85, Braugerste 20,40—21,30, Futter- und Industrieernte 19—20,40, Hafer 13,90—14,70, Weizenmehl 31 bis 37,75, Roggenmehl 23,50—26,50, Weizenkleie 11—11,25, Roggenkleie 9,50—10.

Bremen, 11. Febr. Baumw. Mittel Unio Stand. 100 12,00.

Hinweis. Wir machen unsere Leser auf das in dieser Nummer erscheinende Inserat betreffs „Röhner Gebirgsräuter-Tee“ aufmerksam. Dieser Tee ist eine hervorragende Mischung medizinischer Heilkräuter und deshalb nur in der Apotheke erhältlich.

Einzug der I. Rate Vermögenssteuer 1931
am 13., 14. und 16. Februar ds. Js., je vormittags 8^{1/2} bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 5^{1/2} Uhr,
am Samstag den 14. ds. Mts. von 8^{1/2} bis 1 Uhr,
auf dem Rathaus Zimmer Nr. 4.
Bürgermeisteramt.

Deutschnationale Volkspartei
(Württembergische Bürgerpartei)
Ortsgruppe Wildbad.
Samstag den 14. Februar 1931, abends 8.15 Uhr
spricht im „Wildbader Hof“ in
öffentlicher Versammlung
Herr Dr. Schott-Stuttgart
Vor dem dritten Tributplan
Anschließend freie Aussprache.
Männer und Frauen aller Parteien sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

LUGER
Achtung! Achtung!
bis Fastnacht
doppelter Rabatt
(ausgeschlossen Zucker-, Marken- und Netto-Artikel)
Ital. Natur-Reis 1 kg nur **48** H
Mischobst, l. Qualität 1 kg nur **70** H
Kalif. Pflaumen 3 kg nur **1.00**
Linsen 2 kg nur **55** H
Sauerkraut 3 kg nur **28** H
Rauchfleisch mager 1 kg nur **1.35**
Cocosfett 1 kg Tafel nur **45** H
Eier-Maccaroni 1 kg nur **50** H
Allgäuer Limburger 1 kg nur **48** H
ff. geröst. Bohnenkaffee $\frac{1}{2}$ kg von **80** H an
Bei Einkauf von 4 Mark anstatt des doppelten Rabattes eine 100-gr.-Tafel Vollmilch-Schokolade gratis

Wasserhaus-Bausparkasse
G. m. b. H.
Morgen Freitag abend 7 Uhr
findet im Gasthaus zum wilden Mann eine
Mitglieder-Versammlung
statt.
Interessenten sind herzlich eingeladen.

KK Kleinkaliber-Schützenabteilung
des Krieger- und Militär-Bereins Wildbad.
Sonntag mittag ab 1.30 Uhr
Jubiläums-Becherschießen.
Die Teilnahme sämtlicher Schützen ist Ehrensache.
Nachmittags ab 2.30 Uhr
Schießen auf Ehrenscheibe
Auch neueintretende Mitglieder sind teilnahmeberechtigt und sind jederzeit in unseren Reihen herzlich willkommen.
Abends ab 6 Uhr
treffen sich die Schützen mit Angehörigen in der Rennbachbrauerei zu einem
gemütlichen Beisammensein.
Der Vorstand.

+ Das Leben +
Ist trotz mancher Sorge dem Gesunden eine Freude, dem Kranken aber eine Last. Deshalb trinken Sie jetzt im Frühjahr eine der 4 Sorten des im In- und Ausland seit Jahren berühmten
Röhner Gebirgskräuter-Tee.
Nr. 1 Gegen Gicht, Rheumatismus, Nierenschmerz, Hexenschuß, Arterienverkalkung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.
Nr. 2 Gegen Nervosität, Bleichsucht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Reumpfadern, geschwollene Beine, Wasserluch, Fettleibigkeit etc.
Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verstopfung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden etc.
Nr. 4 Zur Blutreinigung und -verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinigkeiten.
Kaufen Sie keinen Tee bei Hausierern oder Reisenden! Holen Sie sich in der Apotheke 1 Paket „Röhner Gebirgskräuter-Tee“. Derselbe ist in hervorragendem Maße heilkräftig, dabei sehr wohlschmeckend und billig und wird von Allen, die ihn kennen, jedem andern vorgezogen. Er hat Tausenden geholfen und hilft auch Ihnen.
zu haben in Wildbad in der Stadtapotheke.

Zwangsversteigerung.
Am Freitag, 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, kommen hier im Pfandlokal öffentlich gegen bar zur Versteigerung:
1 Paket Textilwaren
(Kinderleidchen, Kinderstrümpfe, Damenunterwäsche usw.)
1 Fahrrad, 1 Tisch, 1 Kasten,
1 Chaiselongue.
Anschließend an Ort und Stelle
1 Warenaschrank und
1 Ladentisch.
Gerichtsvollzieher Lauber.

Wintersportverein Wildbad.
Voranzeige.
Bei günstigen Schneeverhältnissen finden am
Sonntag, den 15. Febr. auf dem Sommerberg
vormittags die Gaujugendläufe des Nördl. Schwarzwaldgaues
nachmittags das Rodelrennen
statt.
Anmeldungen nimmt schon jetzt das Sporthaus Sigi entgegen.
Der Ausschuss.
NB. Der Ausschuss trifft sich heute Abend 8.15 Uhr im Cafe Lindenberger.

Radfahrer-Verein Schwarzwald Wildbad e. V.
Angeichts der wirtschaftlich schweren Zeit haben wir uns entschlossen,
keine Fastnachts-Veranstaltung
abzuhalten, wovon wir hiermit Kenntnis geben.
Der Ausschuss.
Schreibmaschinen
ebst Zubehör kaufen Sie billigt bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Papierhandlung.
Musik-Schule Wildbad
Charlottenstraße 40
Gründliche, faßmäßige Ausbildung nach Hochschulmethode.
Eintritt jederzeit, auch für auswärtige Schüler.
Mäßiges Honorar im Abonnement. Beratungen gern und kostenlos.
Ernst Müller
Musikdirektor.
W.V.W.
Morgen Freitag
nachmittags 5 Uhr
bei Kollege Frey
„Bahnhofhotel“